



KOMMENTARE

Hochverdient

Christian Altmeier über die Vergabe des Friedensnobelpreises

Wenn heute der Friedensnobelpreis an die beiden Journalisten Maria Ressa und Dmitri Muratow übergeben wird, legt das Komitee in Oslo den Finger in eine tiefe Wunde.

Die ungestörte Arbeit der „fünftenn Gewalt“ aber ist die Voraussetzung für Demokratie und Frieden. Überall dort, wo sich Fakten mit Vermutungen, Verschwörungstheorien oder bewusst gestreuten Falschinformationen vermischen, haben Autokraten leichtes Spiel.

Korrigierbar

Klaus Welzel über die verpatzte Besetzung des Innenausschusses

Jetzt soll also ein Politiker der AfD den Innenausschuss des Bundestages leiten. Und sowohl SPD, als auch FDP und Grüne verharmlosen diesen Vorgang.

Die erst in der letzten Legislaturperiode eingeführte Regel, dass die Fraktionen sortiert nach ihrer Größe Zugriff auf die Ausschussvorsitze erhalten, ist fahrlässig.

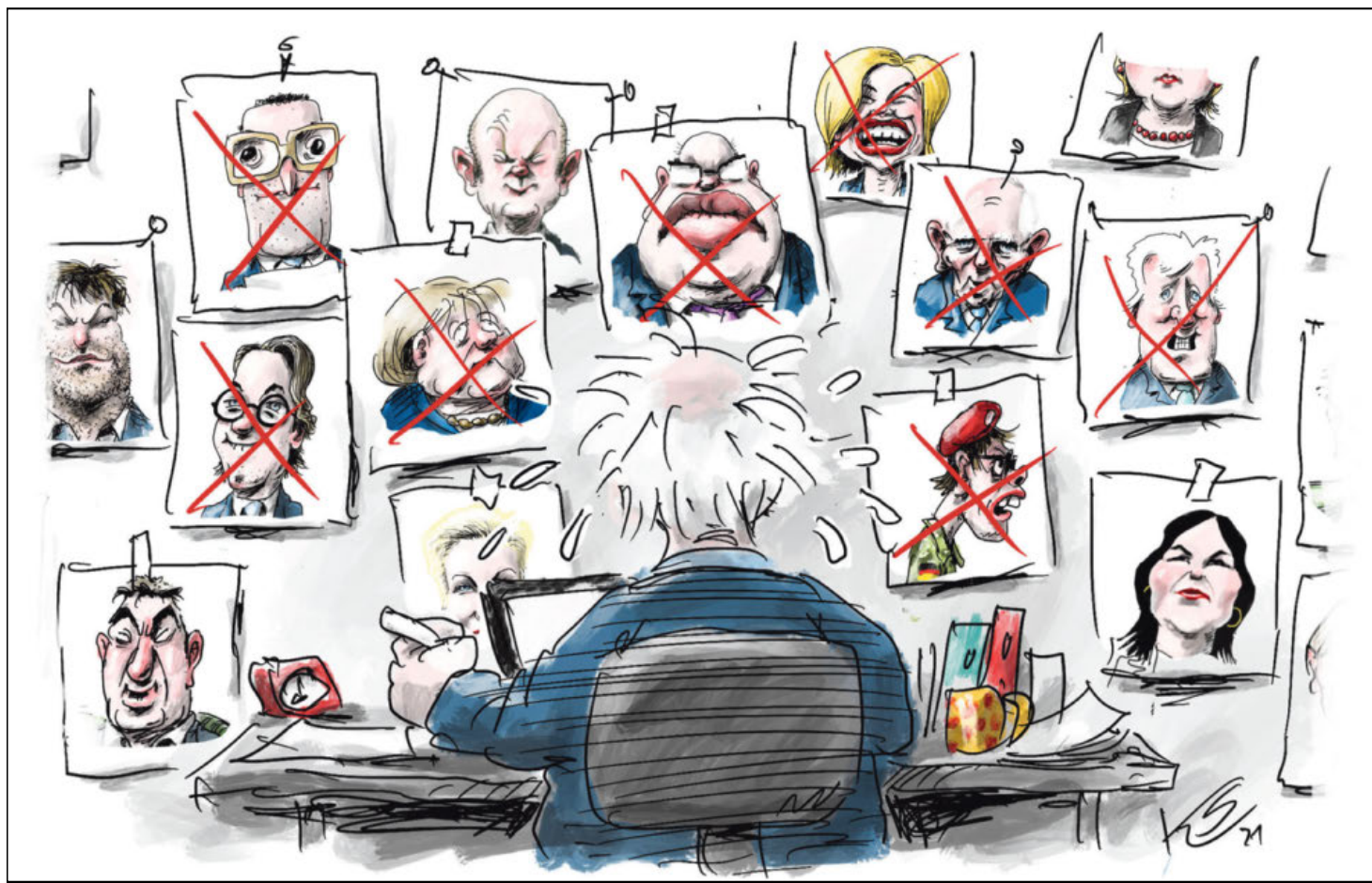
Brücken bauen

Ulrich Krökel zum Ukraine-Konflikt

Mahnen, warnen, drohen: Das ist der eher schrille Dreiklang, mit dem US-Präsident Joe Biden seinen russischen Kollegen Wladimir Putin von einer Invasion in der Ukraine abzuhalten versucht.

Putin zeigt sich ungerührt. Er vertraut auf die Wirkung seiner hochgerüsteten Armee, die im Grenzgebiet zur Ukraine aufmarschiert ist.

Es ist deshalb entscheidend, dass Biden und seine europäischen Partner einen Weg finden, neue Brücken nach Moskau zu bauen.



XXX XXX XXX

Karikatur: XXX XXX

„Ohne die USA gibt es keine Sicherheit für Europa“

Amerika-Experte Detlef Junker über außenpolitische Ziele der Ampel und das Verhältnis zu Washington

Von Christian Altmeier

Heidelberg. Detlef Junker (82/Foto: privat) ist emeritierter Gründungsdirektor des Heidelberg Center for American Studies (HCA).



Herr Professor Junker, welche Erwartungen haben die USA an die neue Bundesregierung? Sie haben natürlich vor allem die Erwartung, dass die Bundesrepublik ein treuer Verbündeter der USA bleibt und angemessene Ressourcen in die Verteidigung steckt.

Braucht Europa nicht eine eigene Verteidigungs- und Sicherheitspolitik? Die Forderung, dass die Europäer ihre Verteidigung in die eigene Hand nehmen, halte ich für eine große Illusion.

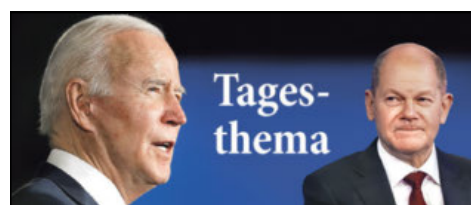
Ist die Nato den USA denn noch so wichtig? Der außenpolitische Fokus Washingtons richtet sich ja zunehmend auf den pazifischen Raum. Das ist eine völlig übertriebene Wahrnehmung.

Sollte Deutschland sich dem diplomatischen Boykott der Olympischen Spiele in Peking durch die USA anschließen?

Ja, das sollten wir unbedingt tun, um ein Zeichen an die Diktatoren zu senden. Die deutsche Politik gegenüber Staaten wie China oder Russland kommt in Teilen einer globalen Appeasement-Politik gleich.

Ist Annalena Baerbock Ihrer Ansicht nach die richtige Besetzung als Außenministerin?

Ich hätte mich nicht für Frau Baerbock als Außenministerin entschieden, sondern für die Heidelberger Bundestagsabgeordnete Franziska Brantner.



Was halten Sie von den Passagen zur Außenpolitik in der Koalitionsvereinbarung denn generell?

Aus geschichtlicher und transatlantischer Perspektive bin ich irritiert und ein wenig alarmiert über die Vernachlässigung der Außenpolitik.

Wo sollte die Koalition denn am dringendsten nacharbeiten?

Besonders in zwei Punkten: Erstens bei der sträflichen Vernachlässigung der ohnehin heruntergewirtschafteten Bundeswehr.

Woran mangelt es der Bundeswehr denn am meisten?

Die Personalstärke der Bundeswehr ist von knapp 480 000 im Jahr 1991 auf

183 696 im Jahre 2020 reduziert worden, davon können maximal 10 000 Soldaten für Einsätze zur Verfügung gestellt werden.

Deutschland muss also mehr in die Verteidigung investieren?

Schon 2011 forderte Obama, dass Deutschland, wie alle Nato-Partner, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die gemeinsame Verwendung ausgeben solle.

Sie haben auch die Finanz- und Kreditmärkte erwähnt. Sind wir erneut auf dem Weg in die Krise?

Ja, das ist so. Am Ende der Amtszeit Obamas war das Weltfinanzvermögen von 119 Billionen Dollar im Jahr 2000 auf 267 Billionen im Jahr 2015 angestiegen.

Info: Detlef Junker: Deutschland und die USA 1871-2021, Heidelberg 2021, 332 Seiten, kostenloser Download: https://doi.org/10.11588/heibooks.756

RNZ-LEXIKON

Antrittsbesuch

Als Antrittsbesuch wird der erste Besuch eines Bundeskanzlers – oder eines anderen Spitzenpolitikers, etwa des Außenministers – in einem anderen Land bezeichnet.

Konrad Adenauer unternahm als Italien-Freund und gläubiger Katholik seine erste Auslandsreise 1951 nach Rom. Ansonsten aber ist Frankreich traditionell das erste Ziel deutscher Bundeskanzler.

Auch Bundespräsidenten reisten meist zuerst nach Paris. Ausnahmen machten Horst Köhler (2004) und Joachim Gauck (2012): Ihre ersten Reisen führten sie nach Warschau.

PRESSESPIEGEL

Fast unlösbare Aufgabe

Das „Hamburger Abendblatt“ blickt auf Wirtschaftsminister Robert Habeck:

„Nur mit Wind- und Lastenrädern wird die deutsche Wirtschaft in den 20er-Jahren nicht länger erfolgreich bleiben. Habecks Herausforderung ist schon in guten Jahren extrem komplex – in schlechten Jahren aber fast unlösbar.“

Merkel wird uns noch fehlen

Die Zeitung „Lidove noviny“ (Prag) resümiert die Amtszeit von Angela Merkel: „Angela Merkel war die erste und letzte Bundeskanzlerin mit persönlichen Erfahrungen mit dem Sozialismus.“

Merkel-Jahre waren reformlahm

„Le Monde“ aus Paris meint dazu: „Auch wenn die „Merkel-Jahre“ von einem glänzenden wirtschaftlichen Wohlstand gekennzeichnet waren, standen sie doch auch für mangelnde Reformbestrebungen.“

Ein Fingerschnippen reicht nicht

Der „Tages-Anzeiger“ (Zürich) schreibt: „Mit der Behauptung, ihre Regierung sei eine des „Fortschritts“, preist die Ampel fürs Erste vor allem sich selbst.“

IMPRESSUM

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG



Gegründet 1945 als erste deutsche Zeitung in Württemberg-Baden

Herausgeber: Inge Hölzke, Joachim Knorr, Michael Gindele

Chefredakteure: Inge Hölzke, Dr. Klaus Welzel

Chef von Dienst: Joachim Knorr, Thomas Heilmann - Politik/Wirtschaft: Dr. Klaus Welzel, Stellv. Christian Altmeier - Magazin: Alexander R. Wensch - Feuilleton: Dr. Volker Oesterreich - Sport: Claus Weber, Stellv. Nikolas Beck - Metropolregion/ Bergstraße: Carsten Blau, Stellv. Alexander Albrecht, Stefan Hagen - Redaktion Heidelberg: Sebastian Riemer, Stellv. Holger Buchwald - Region Heidelberg: Thomas Frenzel - Service-/Kinderredaktion: Inge Hölzke - Verlagsleiter: Joachim Knorr, Thomas Heilmann - Anzeigen: Andreas Miltner - Vertrieb: Michael Engelhardt, Stellv. Jochen Spilger

Alle 69117 Heidelberg, Neugasse 2, Telefon: 0 62 21 / 519-0 Verlag: Rhein-Neckar-Zeitung GmbH Druck: Heidelberger Mediengestaltung-HVA GmbH, Heidelberg, Hans-Bunte-Straße 18

Monatsbezugpreise einschl. 7 % MwSt.: Durch Träger 47,90 €, Postbezug 50,40 €. Abbestellung nur zum Monatsende, 4 Wochen vorher in Textform beim Verlag. Bei Störung durch höhere Gewalt, Streik, Aussperrung besteht kein Ersatzanspruch. Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 73. Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr.

Erscheint mit folgenden Ausgaben: Heidelberger Nachrichten, Region Heidelberg, Wieslocher Nachrichten/Waldorfer Rundschau, Eberbacher Nachrichten, Schweitzer Nachrichten, Bergstraße/Mannheim - Weinheimer Rundschau, Sinheimer Nachrichten - Bad Rappenauer Bote/Eppinginger Nachrichten, Mosbacher Nachrichten, Nordbadische Nachrichten.

HINTERGRUND

Nato hofft auf starkes Deutschland

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat an die neue deutsche Außenministerin Annalena Baerbock appelliert, sich für ein militärisch starkes Deutschland einzusetzen.

Bedrohung durch Russland: Insbesondere auch vor dem Hintergrund des russischen Militäraufmarsches in und um die Ukraine sei der deutsche Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit wichtig.

Bekenntnis zur Nato: Baerbock sagte: „Wir wollen das transatlantische Bündnis politisch ausbauen und stärken – und in jedem anderen Bereich.“

Ausgestreckte Hand nach Moskau: Mit Blick auf das angespannte Verhältnis zu Russland sprachen sich sowohl Stoltenberg als auch Baerbock für Dialog aus.

sammensetzen und reden.“ Baerbock sagte: „Die Spannungen zeigen, wie notwendig es wäre, den Nato-Russland-Rat wiederzubeleben.“

Erst Paris, dann Brüssel: Bei weiteren Antrittsbesuchen in Brüssel und zuvor in Paris traf Baerbock unter anderem den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und ihren französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian.